

## 6. Die neue rechte Bewegung: a very short story

Mit dem Begriff ›neue rechte Bewegung‹ bezeichne ich jene soziale Bewegung, die 2015/2016 im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise in Deutschland für einen breiten Diskurs bedeutsam geworden ist. Keine der zugehörigen Organisationen oder ideologischen Positionen ist zeitlich ›neu‹ in dem Sinne, dass sie 2015/2016 entstanden wäre. Neu ist jedoch die Position im öffentlichen Diskurs, die diese Bewegung seit 2015 einnehmen kann, und die Fähigkeit, sich tatsächlich für eine große Mehrheit der Menschen als ›rechts, aber normal‹ darzustellen. Alle wichtigen Organisationen, die ich der neuen rechten Bewegung zuordne – die Partei AfD mit ihrer Jugendorganisation JA, die konservative straßenaktivistische Identitäre Bewegung, das Massenprotestphänomen Pegida und die Denkfabrik um Götz Kubitschek ›Institut für Staatspolitik‹ – sind entweder älter als 2015 oder haben direkte Vorläuferorganisationen. Allerdings waren die meisten dieser Organisationen zuvor vor allem publizistisch oder als ›Internetphänomen‹ (vgl. Hentges, Kökgiran und Nottbohm 2014) aktiv. Die ideologischen Grundlagen wiederum lassen sich über die Neue Rechte, die Nouvelle Droite und das Konstrukt der Konservativen Revolution bis in die Weimarer Republik zurückverfolgen. Die neue rechte Bewegung ist nicht die Neue Rechte. Während es sich bei der Neuen Rechten um die Selbst- und Fremdbezeichnung einer kleinen, um Intellektualität bemühten Gruppe der extremen Rechten mit einer Hochphase um 1968 handelt, ist die neue rechte Bewegung eine lose soziale Bewegung, die ideologisch sehr unterschiedliche Positionen einnehmen kann, die aber zwei Dinge eint: 1. die grundsätzliche Kritik an der modernen individualisierenden Vergesellschaftung mit der Tendenz zur Rückbesinnung auf ein ›Volk‹ 2. der Versuch, sich von Extremismus und Rassismus abzugrenzen. Obwohl das Scheitern im zweiten Punkt immer wieder deutlich wird, gelingt es dieser Bewegung, die eigene Position als zwar radikal, aber im Grunde ›normal‹ zu beschreiben. Strukturell wird die Bewegung dadurch zusammengehalten, sich gemeinsam als Opfer eines illegitimen Systems zu erleben – so zumindest die These dieses Buches.

Die neue rechte Bewegung ist aus der Tradition der Neuen Rechten hervorgegangen und hat vier organisatorische Zentren ausgebildet: AfD, IfS, IB und Pegida. Im Umfeld dieser Zentren gibt es eine Reihe weiterer Organisationen, von etablierten Medien wie der *Jungen Freiheit* über diverse politische Blogs und Vlogs wie *Tychis Einblick* oder auch den *Volkslehrer* bis hin zu Troll-Netzwerken wie *Reconquista Germanica*. Wähler:innen und Unterstützer:innen, Abonent:innen und Subsriber:innen bilden dabei ein Umfeld dieser Bewegung, das gegebenenfalls

mobilisiert werden kann. Soziale Bewegungen sind keine Organisationen, die sich durch eine klare Unterscheidung zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern auszeichnen, sondern vielmehr lose Gebilde, an denen verschiedene Organisationen und Einzelpersonen beteiligt sind (vgl. Kühl 2014; Luhmann 2016). Im Folgenden geht es nicht um die Organisationsstruktur der neuen rechten Bewegung oder der verschiedenen Einzelorganisationen, die ihr zuzurechnen sind, sondern darum, zu skizzieren, wie die neue rechte Bewegung aus der Neuen Rechten hervorgegangen ist. Anschließend werde ich kurz auf die wichtigsten Organisationen der neuen rechten Bewegung eingehen. Ziel ist es dabei, eine kurze Einführung in das Feld zu geben, über das ich in den Empiriekapiteln schließlich nur in Organisationen anonymisierender Form schreiben werde.

## 6.1 Neue Rechte, Nouvelle Droite, neue rechte Bewegung

Wie kam es zur neuen rechten Bewegung? Als direkter Vorläufer der neuen rechten Bewegung wird in der Forschung immer wieder die breite öffentliche Debatte um Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* aus dem Jahr 2010 (Sarrazin 2010) genannt (vgl. V. Weiß 2017, 24; Amann 2017, 25 ff.). In diesem Buch suggeriert Sarrazin einen engen Zusammenhang zwischen Intelligenz und Herkunft. Die Folgen von Migration werden als dystopisch beschrieben. Als SPD-Politiker galt Sarrazin als Teil der Mitte, die dann auch große Schwierigkeiten hatte, ihn aufgrund seiner angedeuteten oder expliziten Äußerungen aus der SPD auszuschließen. Gleichzeitig gelang es Sarrazin, sich im Diskurs als Opfer dieses Diskurses zu inszenieren und Meinungsfreiheit im Kontrast zu einer ›Political Correctness‹ als Thema zu etablieren (vgl. Häusler 2017b, 159). Das Narrativ des ungehörten und unterdrückten Propheten war geboren.

Ein anderes Narrativ behauptet die Gründung der Neuen Rechten in der 1968er Bewegung (vgl. Funke 2009, 24; dazu: Dyk und Graefe 2019, 405). Die Neue Rechte sei nach diesem Narrativ eine Reaktion auf die Erfolge der Neuen Sozialen Bewegungen, die identitätspolitische Themen im Diskurs etablieren konnten (vgl. V. Weiß 2017, 28). Die AfD wäre demnach ein spätes Pendant zu den Grünen, das auf die zunehmenden Ansprüche einer fremd gewordenen Welt reagiere. Dieses Narrativ lehnt sich eng an die Selbstdarstellung neu-rechter Akteure an, die ihren Protest mit Bezug auf die 68er beschreiben, als deren Feinde sie sich darstellen (vgl. z. B. Génération Identitaire 2013<sup>1</sup>).

Tatsächlich ist die Bezugnahme auf die 68er zwar einerseits Teil der eigenen Mythenbildung, andererseits sind die Umbrüche der 60er Jahre

<sup>1</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=5Vnss7y9TNA>

auch an der extremen Rechten nicht spurlos vorübergegangen. ›Junge Rechte‹ bzw. später ›Neue Rechte‹ war eine Selbstbezeichnung einer neuen Generation innerhalb der extremen Rechten. Generation ist hier wörtlich zu nehmen: Im Gegensatz zu den ›Alten Rechten‹, hat die Generation der ›Neuen Rechten‹ den Nationalsozialismus in der Regel nicht mehr selbst als Erwachsene erlebt (vgl. Langebach und Raabe 2017, 565 f.).

Die ›Neue Rechte‹ im Zeitraum 1965–1985 zeichnete sich vor allem durch eine performative Abgrenzung von einer Alten Rechten aus, die trotz weiterhin bestehender ideologischer Ähnlichkeiten einen eigenständigen Stil entwickelt hatte (vgl. Schönekäs 1990, 237). Stilistisch versuchte sie, sich am Stil der ›Neuen Linken‹ zu orientieren (vgl. Virchow 2010, 241). Während sich die ›Alte Rechte‹ am Nationalsozialismus orientierte und eine revisionistische Linie verfolgte (vgl. Schönekäs 1990, 239), setzte die ›Neue Rechte‹ auf Zeitschriftenprojekte und *Thinktanks* (vgl. Schönekäs 1990, 237). In der Folge wurden verschiedene Diskussionsforen und Zeitschriften gegründet, die dem Austausch innerhalb der Szene dienten (vgl. Langebach und Raabe 2017, 563). Ihren Höhepunkt erreichte die Neue Rechte 1974, als 1100 Personen in verschiedenen Formen der ›Neuen Rechten‹ organisiert waren (vgl. Bartsch 1975, 179). Diese ›Neue Rechte‹ war trotz der Abgrenzung in der Selbstdarstellung ein »integraler Bestandteil der extremen Rechten« (Langebach und Raabe 2017, 563) und wurde in übergreifenden Kampagnen mit einbezogen.

In der französischen Rechten vollzog sich eine ähnliche Spaltung wie in der deutschen. So bildete sich eine ›Neue Rechte‹ in Abgrenzung zu einer alten, am Vichy-Regime orientierten Rechten, die *Nouvelle Droite* (vgl. Jaschke 1990, 37). Auch hier wurde verstärkt auf Intellektualisierung gesetzt: Im Januar 1969 wurde das *Groupement de Recherche et d'Etudes pour la Civilisation Européenne* (GRECE) gegründet. Im Rahmen von GRECE, dessen Akronym sich nicht zufällig auf Griechenland und damit auf die ›Wiege der europäischen Zivilisation‹ bezieht, sollten Veranstaltungen zum Austausch stattfinden und Publikationsmöglichkeiten geschaffen werden. Es bildeten sich verschiedene Reflexionszirkel und es wurden zum Teil recht erfolgreiche Zeitschriften herausgegeben. Alain de Benoist ist die prominenteste Figur der GRECE. Über ihn konnte die *Nouvelle Droite* Einfluss bis weit in den etablierten Konservatismus hinein entwickeln (vgl. Christadler 1983, 166). Dominique Venner, wie Benoist Gründungsmitglied, wurde 2013 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, als er sich aus Protest gegen die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe in Frankreich in der Pariser Kathedrale Notre Dame das Leben nahm.

Sowohl die Neue Rechte als auch die Nouvelle Droite rezipierten eifrig die Schriften der sogenannten ›Konservativen Revolution‹ der 1920er und 1930er Jahre der Weimarer Republik. Die ›Konservative

Revolution<sup>o</sup> als intellektuelle Denktradition wurde, wie Volker Weiß treffend bemerkt, als Erinnerungsort der Neuen Rechten von Armin Mohler ›erfunden‹ (vgl. V. Weiß 2017, 39; V. Weiß 2015; S. Breuer 1990, 586; Stapper 2022). Gelegentlich wurde dieses Narrativ von der ›Konservativen Revolution<sup>o</sup> auch in die politikwissenschaftliche Beschreibung übernommen, wenn etwa die Neue Rechte als »am Vorbild der ›Konservativen Revolution<sup>o</sup> der Weimarer Republik orientiert« (Backes und Jesse 1989, 136) beschrieben wird. Nun ist aus den Altertumswissenschaften bekannt, dass die Unterscheidung zwischen Mythos und Geschichte relativ irrelevant ist, insofern die Relevanzsetzung von aktuellen Bedürfnissen her erfahren wird (vgl. J. Assmann 2013, 57; vgl. auch A. Assmann und Assmann 1998). Armin Mohler hat mit seinem Buch ›Die Konservative Revolution<sup>o</sup> der ›Neuen Rechten<sup>o</sup> eine Denktradition imaginiert, die nach seiner Darstellung vom Nationalsozialismus weitgehend unbefürt und insofern nicht in gleicher Weise ›verbrannt<sup>o</sup> war (vgl. Mohler [1950] 1989). Ziel war eine Art ›Entnazifizierung<sup>o</sup> der in diesem Buch besprochenen Autoren, um die Anschlussfähigkeit an eine konservative Mitte zu ermöglichen (vgl. V. Weiß 2017, 47).

Neben der ›Konservativen Revolution<sup>o</sup> rezipierte die Nouvelle Droite auch Theorien aus dem Umfeld des italienischen Faschismus, etwa von Julius Evola oder George Sorel (vgl. H.-W. Eckert 2000). Eine der interessantesten Entwicklungen ist meines Erachtens die selektive Rezeption der Theorie Antonio Gramscis (vgl. Leggewie 1987b). Aus dieser Theorie wurde eine Strategie abgeleitet, die weniger auf Wahlsiege von Parteien als auf einen langfristigen Wertewandel setzt, in der neuen rechten Bewegung *Metapolitik* genannt (vgl. Waldstein 2015). Damit wurde die sozialwissenschaftliche Erkenntnis aufgegriffen, dass Werte zum einen wandelbar und zum anderen kulturell verankert, also Teil einer gesamten Normen- und Werteordnung sind. Die Hinwendung zur Metapolitik ist gewissermaßen eine Ausweitung des Feldes der Politik auf die Populärkultur (vgl. Langebach und Raabe 2017, 570).

Diese Entwicklung in der Nouvelle Droite wurde Ende der 1970er Jahre auch in Deutschland rezipiert und es erschienen teilweise wechselseitig Artikel in deutschen und französischen Medien (vgl. Langebach und Raabe 2017, 569). Dabei wurde die ›Konservative Revolution<sup>o</sup> durch die Nouvelle Droite vermittelt neu gelesen (vgl. Assheuer und Sarkowicz 1992, 170). Das wohl wichtigste von der ›Neuen Rechten<sup>o</sup> aus der ›Nouvelle Droite<sup>o</sup> rezipierte Werk ist der Band ›Révolution culturelle de droite<sup>o</sup> von Alain de Benoist (Benoist, Böhm und Mohler [1985] 2017; vgl. Jorek 2022). Mit dem Ziel der Vernetzung und inspiriert von GRECE wurde 1980 in Deutschland das ›Thule-Seminar – Arbeitskreis für die Erforschung der europäischen Kultur e. V.<sup>o</sup> gegründet (vgl. Feit 1987, 77 ff.). Dieses konnte jedoch nie eine vergleichbare Reichweite wie GRECE entwickeln (vgl. Pfahl-Traughber 1998, 147).

Das wohl wichtigste publizistische Organ der deutschen Neuen Rechten war die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift *Criticón*. Die 1970 zunächst als Buchrezensionszeitschrift gegründete Zeitschrift war über drei Jahrzehnte eine wichtige Plattform für den Austausch innerhalb der Neuen Rechten (vgl. Dittrich 2008). Damit gelang es der Neuen Rechten, bis in die Organisationsstrukturen der CDU hinein Einfluss zu nehmen (vgl. Leggewie 1987a, 21). 1986 kam mit der *Jungen Freiheit* eine Wochenzeitung hinzu, die sich ebenfalls deutlich auf die ›Konservative Revolution‹ bezog, schon mit dem Werbeslogan »Jedes Abo eine Konservative Revolution« (zitiert nach V. Weiß 2017, 66). Sie entwickelte sich schnell zum wichtigsten Organ der Neuen Rechten (vgl. V. Weiß 2017, 65; vgl. für einen Überblick: S. Braun und Vogt 2007).

## 6.2 Neue rechte Bewegung

Der Übergang von der Neuen Rechten zur neuen rechten Bewegung ist fließend und vollzieht sich insbesondere über das Institut für Staatspolitik. Dieses ist einerseits ein integraler Bestandteil der Neuen Rechten, andererseits aber auch ein zentraler Ideengeber der neuen rechten Bewegung.

### 6.2.1 Institut für Staatspolitik (IfS)

Mit der Wiedervereinigung veränderte sich die Neue Rechte erneut. Die früheren Forderungen nach Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete wurden zu revisionistisch, um noch salonfähig zu sein, und die Hoffnungen auf einen neuen partikularen Nationalismus erfüllten sich nicht (vgl. V. Weiß 2017, 71). In dieser Situation wurde im Jahr 2000 von Karl-heinz Weißmann und Götz Kubitschek das *Institut für Staatspolitik* gegründet. Nach eigenen Angaben orientierte sich das Institut am Erfolg des Hamburger Instituts für Sozialforschung um Jan Philipp Reemtsma (vgl. A. Speit 2016, 117; Kellershohn 2009, 263); als Akronym wurde aber wohl nicht zufällig IfS verwendet, und damit dasselbe Akronym wie das Frankfurter Institut für Sozialforschung, dessen Gründer Adorno als »Antichrist« der Neuen Rechten gilt (vgl. Beobachtungsprotokolle März 2017). Zeitgleich mit der Institutsgründung wurden der Verlag *Antaios* und wenig später die ebenfalls von Kubitschek verantwortete Monatszeitschrift *Sezession* ins Leben gerufen. Damit bestand das Quartett aus der Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF), dem Think Tank *Institut für Staatspolitik* (IfS), dem Verlag *Antaios* und der Monatszeitschrift *Sezession* bereit als »jungkonservatives Kartell« (V. Weiß 2017, 74) der Schüler Armin Mohlers. Dazu gehörte später auch die Jugendzeitschrift *Blaue Narzisse*.

Während die JF als Wochenzeitung auftrat und verschiedene parteipolitische Projekte der Rechten unterstützte (vgl. Kellershohn 2016, 439), ging es dem IfS weniger um Parteipolitik als um den Aufbau eines *Think-tanks*. Das IfS veranstaltete Tagungen und Akademien, gab Schriften heraus und versuchte, Einfluss auf die akademischen Eliten zu nehmen. Im Laufe der Zeit kam es immer häufiger zu Konflikten zwischen IfS und JF – darüber, ob man sich als ›konservativ‹ oder ›neu-rechts‹ bezeichnen solle, ob man ›realpolitisch‹ oder ›radikal‹ sein solle, ob die Partei AfD eine Lösung oder selbst Teil des Problems sei (vgl. V. Weiß 2017, 87).

Dass es sich bei der *Neuen Rechten* nicht um eine eigenständige soziale Bewegung handelt, ist offensichtlich: Zwar werden hier Denkansätze und Theorietraditionen entwickelt, aber es handelt sich nicht um eine Bewegung, die »sozialen Wandel herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen will« (Raschke 1988, 25). Damit aus der *Neuen Rechten* die *neue rechte Bewegung* werden konnte, musste die neu-rechte Kritik aus den Salons und Think Tanks heraustreten und nicht nur im Sinne einer weiteren Subkultur ihr Nischendasein fristen, sondern Anschluss an die politische Realität finden. Dies geschah ab 2012 mit der Gründung von drei weiteren Organisationen: der *Identitären Bewegung* 2012, der *Alternative für Deutschland* 2013 und *Pegida* 2014.

Die neue rechte Bewegung hat sich als soziale Bewegung, die als gesellschaftlich relevant wahrgenommen werden konnte, im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/2016 entwickelt. Die drei großen Organisationen, die in erster Linie von dieser Krise profitiert haben, existierten jedoch alle schon vorher. Allerdings wurden diese Organisationen nicht als ›gesichert rechtsextrem‹ eingeschätzt und waren noch nicht Teil eines breiten öffentlichen Diskurses. Alle drei haben teils starke, teils schwache Verbindungen zur Neuen Rechten und dem sie heute repräsentierenden Institut für Staatspolitik bzw. dessen Nachfolgeorganisationen.<sup>2</sup> In den Akademien des IfS können sich Akteure aus allen drei Organisationen sowie sympathisierende Dritte treffen und vernetzen. Teilweise gibt es trotz ›Unvereinbarkeitsbeschlüssen‹ auch personelle Überschneidungen zwischen den drei Hauptorganisationen.

Die drei Organisationen sind unterschiedlich stark an theoretischen Diskursen orientiert. Während es für die Identitären Bewegung zum Selbstverständnis gehört, zumindest einige Klassiker der Neuen Rechten zu kennen und darüber sprechen zu können, ist dies bei der AfD

<sup>2</sup> Das Institut für Staatspolitik wurde 2024 geschlossen und stattdessen wurden Nachfolgeorganisationen unter den Namen *Menschenpark Veranstaltungs UG* und *Metapolitik Verlags UG* gegründet. Ob dies eher eine Reaktion auf die Schließung des Hamburger Instituts für Sozialforschung oder eine Reaktion auf die Aberkennung der Gemeinnützigkeit war, ist derzeit unklar.

oder bei Pegida bei weitem nicht der Fall. Hier sind die Bezüge eher implizit und bauen auf dem Erbe der Neuen Rechten auf. Das liegt vor allem an den unterschiedlichen Organisationsformen. Auch in der Dauer ihres politischen Einflusses unterscheiden sich die drei: Während die AfD trotz vieler Krisen und Spaltungen inzwischen eine der stärksten politischen Parteien in Deutschland ist, hat sich die IB seit 2020 zunehmend von den großen Aktionen auf kleinere zurückgezogen (vgl. Sellner 2022) und auch Pegida ist seit einigen Jahren nicht mehr jeden Montag in Dresden präsent und hat sich 2024 auch aufgelöst. Was der neuen rechten Bewegung jedoch gelungen ist, ist, den spezifisch neu-rechten Antagonismus zwischen Tätern und Opfern tief im politischen Diskurs zu verankern. Dies zeigte sich auch bei der Querdenken-Bewegung, die ebenfalls stark aus dem Umfeld der neuen rechten Bewegung mobilisieren konnte (vgl. A. Speit 2021).

### 6.2.2 *Identitäre Bewegung (IB)*

Trotz ihres Namens ist die *Identitäre Bewegung* (IB) nicht selbst eine soziale Bewegung (vgl. Hentges, Kökgiran und Nottbohm 2014). Dennoch hat diese Gruppierung in verschiedenen Ländern Europas eine überraschend starke Wirkung erzielt und ist Symptom einer Modernisierung rechtsextremer Gruppierungen (vgl. Wielens, Klieme und Inowlocki 2019; Goetz und Winkler 2017). Mit kleinen, gezielten Aktionen, die sich medial gut aufbereiten lassen und somit einerseits für eigene Medienformate genutzt werden können und andererseits auch für unabhängige Medien attraktiv sind, zielt diese Gruppe darauf ab, im öffentlichen Diskurs rezipiert zu werden (vgl. Goetz, Sedlacek und Winkler 2018). Die Selbstdarstellung ist die einer gewaltfreien, theoretisch versierten und zu kreativen Protestaktionen fähigen jungen Jugendorganisation.

Die IB hat ihren Ursprung in der 2003 in Frankreich als Nachfolgeorganisation der *Unité radicale Bloc Identitaire* (BI), die ihrerseits 2002 wegen eines Attentats auf Jacques Chirac verboten wurde. Deren Jugendorganisation *Génération Identitaire* (GI) wurde zum Vorbild für Ableger der *Identitären Bewegung* in ganz Europa (vgl. Bruns, Glösel und Strobl 2017, 75). Erstmals für eine breite Öffentlichkeit wahrnehmbar trat die GI in Erscheinung, als sie am 20. Oktober 2012 das Dach einer Moschee in der französischen Stadt Poitiers mit einem Banner mit der Zahl 732 und einem großen Lambda-Symbol besetzte. Die Zahl 732 sollte an eine Schlacht erinnern, in der einst in der gleichen Stadt ein Sieg über die maurischen Muslime errungen wurde. Das Lambda wiederum sollte an die Schlacht bei den Thermopylen erinnern, in der die Spartaner bzw. Lakedaimonier – daher Lambda – einst versuchten, die Perser aufzuhalten. Obwohl hier an ein breiteres kollektives Gedächtnis (vgl.

Halbwachs [1939] 1985) angeknüpft wird, ist die Ästhetik der amerikanischen Comicverfilmung von »300« entlehnt. Wenig später veröffentlichte dieselbe Gruppe die *Déclaration de Guerre* in Form eines Videos, in dem die Jugend zum Kampf gegen die Alt-68er aufgerufen wurde (vgl. Génération Identitaire 2013<sup>3</sup>). 1968 blieb zumindest in der Selbstbeschreibung Teil der eigenen Erinnerungskultur. In Frankreich wurden in der Folge verschiedene Aktionen im Rahmen von Kampagnen gegen die ›Ehe für alle‹ durchgeführt und gleichzeitig Präsenz in Form einer privaten Miliz gegen ›migrantische Männergewalt‹ gezeigt (vgl. Bruns, Glösel und Strobl 2017, 77 ff.). Auch außerhalb Frankreichs sind die jährlich stattfindenden Camps bzw. Sommeruniversitäten relevant, bei denen neben dem gemeinsamen Kampfsporttraining auch Vorträge und Networking auf der Agenda stehen. Die GI wurde schließlich im März 2021 in Frankreich verboten.

Im deutschsprachigen Raum blieben die *Identitären* zunächst vergleichsweise unbedeutend. Die *Identitäre Bewegung Deutschland* (IBD) wurde nach der ›Kriegserklärung der GI als Facebook-Gruppe gegründet (vgl. Hentges, Kökgiran und Nottbohm 2014, 4). Es folgten kleinere Störaktionen, bei denen sich gegen ›Multikulti‹ positioniert wurde (vgl. Bruns, Glösel und Strobl 2017, 82). Diese Aktionen fanden jedoch fast ausschließlich in den sozialen Medien Resonanz und es schien unwahrscheinlich, dass sich hier tatsächlich eine mobilisierungsfähige Gruppe bilden würde (vgl. Hentges, Kökgiran und Nottbohm 2014, 1). Im Jahr 2014 änderte sich dies zumindest graduell mit einem Vernetzungstreffen in Fulda (vgl. Hentges, Kökgiran und Nottbohm 2014, 4). Die Teilnehmer kamen aus ganz Deutschland, aber auch aus Frankreich und vor allem aus Österreich. Insbesondere Martin Sellner, Kopf der österreichischen *Identitären*, trieb den Aufbau einer längerfristig wirksamen IBD voran. Größte Aktion war die Besteigung und Besetzung des Brandenburger Tors am 27. August 2016 mit einem Transparent, auf dem »Sichere Grenzen – Sichere Zukunft« zu lesen war. Diese Aktion wurde medial stark rezipiert – was auch eine Debatte darüber auslöste, wie mit dieser Ästhetik medial umzugehen sei, ohne sie wiederum zu reproduzieren (vgl. Batzer 2019; Boehnke 2019). Die *Identitären* zeigten großes Geschick darin, mit wenig Personal zum Teil große Medieneignisse zu produzieren (vgl. Heider 2022). Dazu gehört wohl auch die Aktion *Defend Europe*, bei der 2017 ein Schiff angemietet wurde, um die Rettung von Flüchtlingen aus Seenot zu behindern, mit dem erklärten Ziel, NGOs zu behindern, die Flüchtlinge aus Seenot retten wollten. Immer wieder geht es der *Identitären* Bewegung darum, sich als sichtbarer Akteur im öffentlichen Raum zu präsentieren (vgl. Altmeyer 2022).

3 <https://www.youtube.com/watch?v=5Vnss7y9TNA>

In Deutschland existiert seit 2014 die *Identitäre Bewegung Deutschland e.V.* als eingetragener Verein, dessen Hauptzweck die Generierung von Spendengeldern für eigene Zwecke ist und daher wenig mit politischem Engagement zu tun hat (vgl. Blum 2021, 70; Bürker 2020, 337). Die Identitäre Bewegung hat eine hierarchische Struktur. Unter der Bundesleitung stehen die Regionalgruppenleiter:innen, die weitestgehend nach Bundesländern organisiert sind und deren Aufgabe darin besteht, die verschiedenen Ortsgruppen in den Städten zu koordinieren und zu vernetzen (vgl. Blum 2021, 73). In den meisten Fällen haben die Ortsgruppen- oder Regionalgruppenleiter auch die Aufgabe, als Ansprechpartner für Erstkontakte zu fungieren. Der genaue Aufnahmeprozess unterscheidet sich je nach Anzahl der Anfragen, die über Kontakte oder Online-Kanäle vermittelt werden. Neben dem von Blum beschriebenen Weg, bei dem zunächst in einem Zweiergespräch Motivation und Ideologie abgefragt werden (vgl. Blum 2021, 78), habe ich auch erlebt, dass eine ganze Reihe von Erstinteressierten auf einmal zu Stammtischen eingeladen wurde. Bevor neue Interessenten zu größeren Aktionen eingeladen werden, müssen sie sich oft erst anderweitig beweisen, z. B. durch das Verteilen von Flugblättern.

Neben dem Aktivismus gibt es bei den *Identitären* eine Vielzahl von internen Aktivitäten, die von den jeweiligen Orts- und Regionalgruppen organisiert werden. Dabei kann es sich um Wanderungen handeln, aber auch um Vortragsabende, bei denen man sich gegenseitig Vorträge zu ausgelosten Themen hält und anschließend diskutiert. Auch regelmäßiges Kampfsporttraining ist in den meisten Gruppen wichtig. Ein ähnliches Programm findet auch bei den jährlich stattfindenden Sommerakademien in Frankreich statt. Hier wird auch der Umgang mit Polizei und politischen Gegnern geübt sowie Grundlagen der Demonstrationsplanung vermittelt.

Mit großem Aufwand versucht sich die IB von Gewalt und neonazistischen Organisationen zu distanzieren. Personen, die dieser Szene erkennbar nahestehen, sollen nicht aufgenommen werden. So kann z. B. der Besuch eines Konzertes aus dem neonazistischen Spektrum ein Ausschlussgrund sein (vgl. Beobachtungsprotokolle August 2017). Gleichzeitig stammen fast alle Führungsfiguren aus diesem Spektrum. Martin Sellner, Chef der österreichischen IB und eine der prominentesten Stimmen der neuen rechten Bewegung im deutschsprachigen Raum, hat selbst eine Vergangenheit in der Neonazi-Szene (vgl. Schäller 2019).

Ein wichtiger Teil der IB ist insbesondere die geschickte digitale Vermarktung auch kleinerer Aktionen. Dadurch war die Sperrung diverser offizieller Accounts dieser Bewegung durch die Plattformbetreiber eine effektive Bekämpfungsmaßnahme (vgl. Fielitz 2023). Gleichzeitig sind aber gerade im Zuge der Sperrung der offiziellen Kanäle eine Reihe kleinerer, personenbezogener Kanäle noch prominenter geworden. Mit dem neuen

politischen ›Influencing‹ gelingt eine moderne Selbstdarstellung und Einflussnahme auch ohne expliziten Bezug auf bestimmte Organisationen (vgl. T.-S. Fischer, Kolo und Mothes 2022; Maly 2020; Leidig 2023). Im Kontext der IB gibt und gab es auch andere Projekte, z. B. Troll-Netzwerke wie *Reconquista Germanica* (vgl. Rieger, Dippold und Appel 2020) oder Kampagnen wie *120 Dezibel* (vgl. Sorce und Renz 2022).

### 6.2.3 AfD

Die Partei ›Alternative für Deutschland‹ (AfD) wurde im Frühjahr 2013 gegründet. Damals war die AfD vor allem für ihre wirtschaftsliberalen Positionen und insbesondere für die Forderung nach einer Rückkehr zur D-Mark bekannt, die auch die Kernforderung ihrer Gründer Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel war. Die extrem schnelle Entwicklung dieser Partei von einer gemäßigt rechtsliberalen zu einer rechtsradikalen Partei wurde in der wissenschaftlichen Beobachtung schon früh festgestellt (vgl. Funke 2016, 73). Die Entwicklung lässt sich anhand von zwei großen Spaltungen nach zwei Ereignissen nachzeichnen: der Verabschiebung der »Erfurter Resolution« im März 2015 und der Ablehnung des »Zukunftsantrags« im April 2017. Auch nach 2017 kam es immer wieder zu internen Auseinandersetzungen, Richtungskämpfen und in der Folge zu Parteiaustritten – insbesondere im Zuge der Covid-19-Pandemie –, die grundsätzliche Entwicklung der Partei war jedoch bereits vorstrukturiert.

Die Gründung der AfD im Frühjahr 2013 war eine direkte Reaktion auf die Eurokrise und die damit verbundenen Rettungspakete für angegeschlagene europäische Staaten. Die Gründungsmitglieder Bernd Lucke, Konrad Adam und Alexander Gauland waren ehemalige CDU-Mitglieder und konzentrierten sich bei der Parteigründung auf die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung und forderten eine Rückkehr zur D-Mark. Diese wirtschaftsliberalen und europaskeptischen Positionen bildeten das Fundament der AfD. Aus dem Stand erzielte sie bei der Bundestagswahl 2013 mit 4,7 Prozent das beste Ergebnis einer neuen Partei (vgl. Nestler und Rohgalf 2014). Dabei zog die Partei zunächst vor allem ehemalige Politiker:innen der FDP und CDU an.

Im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise 2014/2015 kam es zunehmend zu einer Neuausrichtung der Partei. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Gruppierung ›Patriotische Plattform‹ innerhalb der AfD. Diese von Hans-Thomas Tillschneider gegründete und 2014–2018 aktive Vereinigung zielte darauf ab, die Partei weiter nach rechts und näher an Pegida zu rücken und die AfD quasi zum parlamentarischen Arm von Pegida zu machen (vgl. Funke 2016, 76). Die damaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel nahmen hingegen eine

distanziertere Haltung ein und versuchten, den wirtschaftsliberalen Flügel der Partei zu stärken. Die Verabschiedung der von Kubitschek verfassten ›Erfurter Resolution‹ (vgl. Amann 2017, 148) im März 2015 markierte einen Wendepunkt im Machtkampf innerhalb der AfD. Die Resolution richtete sich gegen die von Bernd Lucke forcierte wirtschaftsliberale Ausrichtung der Partei und forderte stattdessen eine Fokussierung auf den Nationalismus. Dieser Beschluss war zugleich das Gründungsdokument der Gruppierung ›der Flügel‹<sup>4</sup> innerhalb der AfD. Im Juli 2015 erreichte der Machtkampf innerhalb der AfD seinen vorläufigen Höhepunkt, als Bernd Lucke auf dem Essener Parteitag als Parteisprecher abgewählt und stattdessen Frauke Petry und Jörg Meuthen gewählt wurden. Daraufhin verließen Lucke und andere Wirtschaftsliberale die Partei.

Nach dieser Spaltung gewann eine nationalkonservativere Strömung zunehmend an Einfluss. Die AfD positionierte sich gegen die Migrationspolitik der Bundesregierung und es kam immer wieder zu Auftritten von AfD-Politiker:innen bei Pegida. Eine weitere Spaltung der Partei ereignete sich im Kernzeitraum meiner teilnehmenden Beobachtung im Jahr 2017. Bedeutsam war der Skandal um die geschichtsrevisionistischen Äußerungen von Björn Höcke in einer Rede im Januar 2017 vor der Jungen Alternative, der damaligen Jugendorganisation der AfD. Gleichzeitig wurde Höcke nachgewiesen, unter dem Pseudonym ›Landolf Ladig‹ in NPD-Schriften publiziert zu haben (vgl. Kemper 2016). In der Folge entbrannte eine Debatte über die zukünftige Ausrichtung der AfD, insbesondere über ihre Außendarstellung. Frauke Petry versuchte auf dem Kölner Parteitag einen realpolitischeren Kurs durchzusetzen und brachte den ›Zukunftsantrag‹ ein, mit dem sich die Delegierten jedoch nicht befassen wollten. Petry trat schließlich unmittelbar nach der Bundestagswahl 2017 aus der Partei aus.

In der Folge gewann ›der Flügel‹ um Höcke weiter an Bedeutung. Nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz den Verein im März 2020 als eindeutig rechtsextremistisch eingestuft hatte (vgl. Der Spiegel 2020), wurde er offiziell aufgelöst. Diese Auflösung bedeutete jedoch nicht, dass die völkische Formierung irrelevant geworden wäre, sondern vielmehr, dass sie nicht mehr nur in Vereinsform organisiert war, sondern Einfluss auf die gesamte Partei nehmen konnte. Während der Covid-19-Pandemie suchte die Partei immer wieder die Nähe zur Corona-Maßnahmen-kritischen Querdenkerbewegung.

4 Der ›Flügel‹ war eine informelle, aber einflussreiche Gruppierung innerhalb der AfD, die sich um Björn Höcke formierte. Die Gruppierung setzte sich für einen radikaleren politischen Kurs ein und beeinflusste die innerparteiliche Debatte maßgeblich.

### 6.2.4 PEGIDA

Im Herbst 2014 begann eine aus einer Facebook-Gruppe hervorgegangene Gruppe von Menschen, unter dem Motto »Wir sind das Volk« in Dresden regelmäßig montags gegen die »Islamisierung des Abendlandes« zu demonstrieren. Die Bewegung ging aus einer am 11. Oktober 2014 gegründeten, nicht-öffentlichen Facebook-Gruppe hervor (vgl. Pleul und Scharf 2016; Institut für Demokratieforschung und Georg-August-Universität Göttingen 2016, 38–79) und startete damit als Internetphänomen, das den Weg auf die Straße fand und im Winter 2014/2015 mit über 20 000 Teilnehmenden seinen Höhepunkt erreichte. Die Affinität zu sozialen Netzwerken, die bereits in der Gründung angelegt war (vgl. ausführlich zur Vorgeschichte: Vorländer, Herold und Schäller 2016), setzte sich in der weiteren digital vermittelten Mobilisierung sowie der Erweiterung des eigenen Wirkungsspektrums durch die Veröffentlichung von Videoaufnahmen auf der Plattform *Youtube* fort. Pegida blieb im Wesentlichen auf ihre Ursprungsstadt Dresden beschränkt, wenngleich es von Anfang an Versuche gab, ähnliche Veranstaltungen auch in anderen Städten in Deutschland und auch international zu entwickeln (vgl. Berntzen und Weisskircher 2016; Caiani und Weisskircher 2022; Nissen 2022). Allerdings hatten diese Ableger kaum eine Ausstrahlung über das rechtsextreme Spektrum hinaus.

Pegida wurde gerade in wissenschaftlichen Beschreibungen frühzeitig die Möglichkeit dauerhafter Mobilisierungen abgesprochen (vgl. z. B. Dostal 2015; Reuband 2017), umso erstaunlicher war es, dass die Demonstrationen auch mit vergleichsweise geringen Teilnehmerzahlen über einen längeren Zeitraum (2014–2024) kontinuierlich durchgeführt wurden (vgl. Volk 2022). Pegida wurde als eine Empörungsbewegung neuen Typs eingegordnet, die »keinen spezifischen Protest artikuliert, sondern einen diffus bleibenden Aufschrei gegen alles inszeniert, was mit ›offizieller‹ Politik und Medien in Verbindung gebracht werden kann«, jedoch nicht eindeutig als rechtsextrem zu fassen sei (Vorländer, Herold und Schäller 2016, 2; vgl. insg. Kocyba 2020).

Die Reminiszenz an die Bürgerrechtsbewegung war bewusst gewählt. Die gesamte Performanz war darauf ausgelegt, sich als bürgerliche, »normale« Deutsche darzustellen, die als solche in ihrer Selbstdarstellung nicht etwa fremdenfeindlich ausgerichtet seien, sondern vielmehr die Stimmen besorgter Bürger vertreten würden. Es wurde schon oft darauf aufmerksam gemacht, dass sich das ›Volk‹ der Bürgerrechtsbewegung der DDR mit *demos*, das ›Volk‹ von Pegida jedoch mit *ethnos* übersetzen ließe, wodurch vor allem eine bestimmte Form der Selbsteinordnung vorgenommen wird (vgl. Glück 2018). Unabhängig davon, ob es sich um dasselbe Volk handelt, wird dieser Anspruch von Pegida vertreten. Mit den rituellen Zügen annehmenden Ritualen der Montagsspaziergänge wird

dieser Anspruch, Nachfolger:innen der Bürgerrechtsbewegung zu sein, auch insgesamt in der neuen rechten Bewegung zementiert.

Dass Pegida sich in erster Linie aus der Ritualisierung der eigenen Protestpraktik speist, ist insbesondere während der COVID-19-Pandemie deutlich geworden. Diese hat mit ihren Lockdowns Pegidia zu einer erheblichen Veränderung der bisherigen Protestform hin zu virtuellen Veranstaltungen gezwungen (vgl. Volk 2021). Diese virtuellen Veranstaltungen lassen sich als Selbstkommentierungen lesen, insofern die Organisator:innen bis in die Verlesung der Demonstrationsregeln hinein die Struktur der ›normalen‹, in Präsenz verlaufenden Veranstaltung wiederholten. Der Protest beschreibt sich damit selbst in seinem Ritualcharakter, der die korrekte Form und die Wiederholung dieser Form in den Vordergrund rückt. Die Videos sollen nicht als Videos neben anderen mit regierungskritischen Inhalten erscheinen, sondern als Wiederholungen des Protestrituals, das den Alltag von dem feierlichen Protest unterscheidet. Es geht nicht nur um den Inhalt, sondern in den Ritualen wird die Verbindung zum Gedenken an die Bürgerproteste fortgeschrieben. 2024 löste sich Pegida schließlich auf.

Nachdem ich eine kurze Einführung in das Forschungsfeld gegeben habe, werde ich im Folgenden die Ergebnisse der empirischen Forschung in der neuen rechten Bewegung vorstellen. Die These, um die sich die folgende Ergebnisdarstellung bewegt, ist, dass es der neuen rechten Bewegung über ihr Selbsterleben, Opfer illegitimer Gewalt zu sein, gelingt, sowohl an die moderne Ordnung anzuschließen als auch an eine Ordnung gruppenbezogener Gewalt. Im Folgenden werde ich zunächst dieses Muster in der Zeitdimension zeigen und dann in der Sozialdimension, mit Bezug auf das ›Volk‹ und die neue rechte Bewegung selbst.